



KOLUMNE

Finanzministerium ist rund um die Uhr mit der Hypo beschäftigt

Im Finanzministerium in Wien wurde gestern erneut über einen Beitrag Kärntens zum Hypo-Schaden verhandelt. Die Gesprächspartner waren Kärntens Finanzchefin **Gaby Schaub** (SPÖ) für Kärnten, Staatssekretär **Jochen Danning** (ÖVP) für das Finanzministerium und Minister **Josef Ostermayer** (SPÖ) für das Kanzleramt.

Die Gespräche gestalten sich zäh. Zwar will die ÖVP Kärnten nun wieder Zugang zu günstigen Krediten über die Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) gewähren, aber nur für jene 100 Millionen Euro, die akut im Juli fällig sind. Kärnten hat in Summe vier Milliarden Schulden, 430 Millionen müssen im Laufe des heurigen Jahres refinanziert werden. Über diese Summe hat Kärnten zu Jahresbeginn mit der ÖBFA einen Rahmenvertrag ausverhandelt, dessen Umsetzung aber seit Mai, bei Fälligkeit der ersten größeren Tranche, von Finanzminister **Michael Spindelegger** blockiert worden war. Nun sollen die 100 Millionen vom Bund aufgenommen werden, aber die September-Tranche ist offen.

Keine Einigung gibt es weiterhin im Streit um jene 500 Millionen, die Spindelegger als Beitrag zum Hypo-Schaden will.

Geenigt hat man sich, dass Kärnten 200 Millionen Haftungsprovision, die das Land von der Hypo bekommt, an den Bund weiterreicht. Kärnten hätte das Haftungsversprechen so wieso nicht einlösen können, daher sei das Abtreten der Provision gerechtfertigt.

Kärnten will außerdem jene 200 Millionen, die es 2009 im Zuge der Verstaatlichung der Hypo beigetragen hat, auf die 500 Millionen angerechnet bekommen.

Um weitere 100 Millionen wird noch heftig diskutiert. Die ÖVP besteht auf diesen Beitrag, die SPÖ argumentiert: Wenn der Bund unter dem Titel „Schadensbeitrag“ Geld haben wolle,



Politik von innen

VON DANIELA KITTNER

müsse zuerst einmal der Schaden festgestellt werden. Und dies sei erst am Ende der Abwicklung der Bank, also in zehn bis fünfzehn Jahren, möglich.

Hinter dem Tauziehen steckt Politik. In acht Bundesländern ist schwer verständlich, warum Kärnten auf 500 Millionen Erlös aus dem Hypo-Verkauf sitzt (das Geld liegt im berühmten Zukunftsfonds), während der Rest der Republik für die Hypo zahlen muss.

Eine legitime Sicht.

Aber man muss auch die Vorgeschichte in Kärnten kennen. Im Wahlkampf 2013 wollte die damals noch regierende FPÖ unter Landeshauptmann **Gerhard Dörfler** die 500 Millionen in alter **Haiderscher** Manier als Wahlzuckerl verteilen. SPÖ, ÖVP und Grüne stemmten sich gemeinsam gegen die-

sen populistischen Plan mit dem Argument, es müsse endlich Schluss sein mit Geldverschwendung und Stimmenkauf. Alle fünf Sozialpartner stellten sich vor den Zukunftsfonds, das Geld wurde nicht ausgegeben.

Auf diese Art ist der Zukunftsfonds zu einem Symbol für die Wende in Kärnten geworden, für den Willen zu sparen und nachhaltige Politik zu machen.

Wenn der Bund jetzt mit dem Geld geht, könnte die FPÖ-Kärnten sagen: Seht her, es wäre besser gewesen, wir hätten es verprasst. Pardon, „für die Kärntner investiert“, natürlich.

Langsam scheint bei der ÖVP Verständnis für die Kärntner Sicht zu reifen. Schaub nach der gestrigen Verhandlungsrunde zum KURIER: „Das Gesprächsklima mit Staatssekretär Danning ist sehr gut. Ich bin zu-

versichtlich, dass wir eine Lösung finden.“

Um die Hypo ging es auch gestern am Abend im Finanzministerium. Spindelegger und Nationalbank-Gouverneur **Ewald Nowotny** begründeten vor Journalisten nochmals, warum eine Insolvenz der Hypo keine Option und der 100%-Haircut bei Nachranggläubigern gerechtfertigt sei.

Hintergrund: Nächste Woche soll das Hypo-Sondergesetz mit der umstrittenen Ausbebelung einer öffentlichen Haftung im Nationalrat beschlossen werden. SPÖ- und ÖVP-Abgeordnete hegen Bedenken gegen diesen „Eingriff in Eigentumsrechte“. Artikuliert wurde die Besorgnis zuletzt von **Maria Fekter** („Mordsbauchweh“) sowie den vier Oppositionsparteien.

Fraglich ist, ob das Gesetz vor dem Höchstgericht halten wird. Mehrere Gläubiger wollen klagen. Spindelegger argumentiert, der Haircut sei „im öffentlichen Interesse“. Anwalt **Jörg Zehetner** hält dem (in der Sendung *Hohes Haus*) entgegen: „Im öffentlichen Interesse wäre es auch, die Schulden der Republik für erloschen zu erklären.“



Jochen Danning: Annäherung, aber keine Lösung mit Kärnten

APN/ROLAND SCHLAGER



Gaby Schaub, Peter Kaiser: Zukunftsfonds ist zum Symbol für die Wende zu nachhaltiger Politik in Kärnten geworden

APN/GERT EGGENBERGER